



## Das Recht auf Verhütung gilt für alle

pro familia plant Bundestagspetition

„Kostenfreie Verhütungsmittel für Menschen mit geringem Einkommen“

Wer wenig Geld hat in Deutschland, muss auf Vieles verzichten. Fatal, wenn das auch Verhütungsmittel betrifft. Studien belegen, dass Frauen ihr Verhütungsverhalten ändern, wenn sie in finanzieller Not sind: Sie weichen auf billigere und weniger sichere Verhütungsmittel aus oder verhüten überhaupt nicht und riskieren damit eine ungewollte Schwangerschaft. pro familia will mit einer öffentlichen Bundestagspetition auf das Problem aufmerksam machen und fordert eine Gesetzesänderung.

„Wir brauchen eine bundesweite dauerhafte Lösung für Menschen, die die Kosten für Verhütung nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Denn jeder Mensch hat das Recht, unabhängig von seinem sozialen Status, die Verhütungsmethode zu wählen, die für ihn gesundheitlich verträglich ist und größtmögliche Sicherheit bietet,“ sagt Prof. Dr. Daphne Hahn, Bundesvorsitzende von pro familia.

Zurzeit entscheiden nicht mehr gesundheitliche oder persönliche, sondern finanzielle Gründe über die Wahl des Verhütungsmittels. Der Wohnort entscheidet darüber, denn in einzelnen Kommunen gibt es Projekte zur Kostenübernahme, die allerdings meist befristet sind. Und es gibt keinen Rechtsanspruch auf die Kostenübernahme.

Bis 2004 gab es im Sozialgesetz eine sogenannte „Hilfe zur Familienplanung“. Das Sozialamt übernahm die Kosten für Verhütungsmittel, die der Arzt oder die Ärztin verschrieb. Durch die Hartz-IV-Gesetzgebung ist diese Möglichkeit weggefallen. Nun müssen Frauen und Männer, die Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung erhalten, mit der Pauschale von 17 Euro für den Posten „Gesundheitspflege“ auskommen. Unter diesen Posten fallen alle Gesundheitsausgaben wie Kopfschmerztabletten, Heuschnupfenmittel und eben auch die Pille.

„Oft wird argumentiert, dass auch ALG II-Bezieherinnen die billigste Pille finanzieren können. Abgesehen davon, dass Verhütungskosten bei der Festlegung des Regelsatzes nicht berücksichtigt wurden, ist damit die Wahlfreiheit in Bezug auf Verhütungsmittel außer Kraft gesetzt. Dazu kommt, dass viele Frauen die Pille nicht vertragen,“ so Hahn.

Eine monatliche Pillenpackung kostet zwischen 4,50 Euro und 22 Euro, der Verhütungsring 16 bis 22 Euro pro Monat. Spiralen und Implantate sichern die Verhütung für mehrere Jahre und sind auf lange Sicht kostengünstiger. Die einmaligen Kosten von 300 bis 400 Euro können Hartz-IV-Empfängerinnen nicht aus dem Regelsatzbetrag bestreiten und ein Ansparen ist ebenfalls nicht möglich.

„Es ist ein häufiges Thema in der Beratung, dass das Geld für Verhütungsmittel nicht reicht. Wir fordern deshalb die PolitikerInnen auf, eine Gesetzesinitiative zur Kostenübernahme zu starten. Schließlich bekennt sich auch Deutschland zum Aktionsprogramm der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo. Dort wurde ausdrücklich festgehalten, dass alle Frauen und Männer ein Recht auf ungehinderten Zugang zu möglichst sicheren, gesundheitlich verträglichen und finanziell erschwinglichen Verhütungsmethoden haben.“

pro familia hat eine Bundestagspetition eingereicht, die voraussichtlich ab 5. März 2015 online unterzeichnet werden kann. Aktuelle Informationen und Factsheets zum Thema sind auf der Kampagnenseite „Kostenfreie Verhütungsmittel für Menschen mit geringem Einkommen“ abrufbar.

26.2.2015

### Pressekontakt

Regine Wlassitschau  
regine.wlassitschau@profamilia.de

pro familia Bundesverband  
Stresemannallee 3  
60596 Frankfurt am Main

Tel. 069-26 95 779-22  
Fax 069-26 95 779-30  
www.profamilia.de

pro familia ist der führende Verband  
für Sexualität und Partnerschaft in  
Deutschland.

Der Bundesverband wird durch  
das Bundesministerium für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend  
finanziell gefördert.